

Schock, Angst und eine Entschuldigung

Der Thurgauer Grosse Rat hat am Mittwoch über eine Motion zum Islamunterricht an öffentlichen Schulen diskutiert.

Viviane Vogel

Das Resultat haben sich die Ratsmitglieder in einer hitzigen Debatte erarbeitet: Mit 73 Nein zu 49 Ja-Stimmen lehnt der Thurgauer Grosse Rat eine Motion gegen Islamunterricht in Volksschulräumen ab. Sie hätte vorgesehen, dass Schulgemeinden ihre Räume nur für den Religionsunterricht von staatlich anerkannten Kirchen zur Verfügung stellen dürften. Alle anwesenden SVP- und EDU-Mitglieder stimmen dafür. Vier weitere Ja-Stimmen kommen aus der Mitte/EVP Fraktion. Der Rest des Grossen Rates lehnt die Motion ab.

Laut Erstunterzeichner Hermann Lei hätte die Motion klarstellen wollen, dass nur die beiden christlichen Landeskirchen (katholisch und evangelisch) Volksschulräume nutzen dürften. Lei sagt: «Die Muslime fordern durch den neuen Lehrplan und den Unterricht in öffentlichen Schulräumen ein staatliches Gütesiegel und letztlich öffentliche Anerkennung ein.»

Stephanie Eberle (SVP, Wängi) spricht als Präsidentin der Schulgemeinde Wängi und sagt: «Viele Muslime akzeptieren unsere christlichen Grundwerte nicht.» So komme es zu diversen Verweigerungen, unter anderem von muslimischen Jungen, die der Lehrerin keinen morgendlichen Händedruck geben wollten. «Und Cervelats dürfen auf einer Schulreise nicht auf demselben Rost gebrätelt werden, weil sie unrein sind.»

Eberle findet wie alle sechs Votanten der SVP, dass die Lehren des Korans nicht mit Schweizer Werten wie der religiösen Toleranz vereinbar seien. Sie sagt: «Das ist lediglich ein Wunschbild des unterwürfigen Westens.»



Unterricht mit den Kleinsten in einer bosnischen Moschee in der Schweiz.

Bild: Patrick Hürlimann

Ihr Parteikollege Daniel Amrhein (SVP, Balzerswil) fragt nach der Aufsichtspflicht des Regierungsrates: «Die christlichen Grundwerte geraten zunehmend unter Druck, auch innerhalb der Behörden.» Jürg Wiesli (SVP, Dozwil) verweist auf einen Zwischenfall, der sich im Januar 2024 in Deutschland ereignet hat. Dort haben gemäss deutschen Medienberichten Oberstufenschüler versucht, die radikalen Gesetze der Scharia auf dem Pausenplatz auszurufen. Wiesli sagt: «Überlegt euch gut, ob wir diese Probleme an unsere christlichen Schulen holen wollen.»

Kein Einfluss auf die Imame

Auch von der Mitte hat mit Franz Eugster (Bischofszell) ein Kantonsrat die Motion unter-

zeichnet. Er sagt: «Bei der Ausbildung unserer Lehrpersonen haben wir durch die pädagogische Hochschule Einfluss. Bei den Imamen ist das nicht der Fall.» Deshalb wolle er die Volksschulräume nicht für Islamunterricht hergeben. «Wir haben keine Kontrolle in der Moschee und auch nicht im Klassenzimmer.»

Marcel Wittwer (EDU, Schocherswil) fragt: «Wenn es kein Problem gäbe, warum investieren wir dann Zeit und Geld, um Extremismus zu verhindern?» Er spricht damit die Fördergelder an, die von der Schweizer Bundespolizei im Rahmen eines nationalen Aktionsplans in den Thurgauer Lehrplan für Islamunterricht geflossen sind. Wittwer wirft der Schweiz vor, sie kuschle vor der «islamischen Ge-

fahr» und kritisiert gleich den ganzen Westen: «Mir ist keine andere Kultur bekannt, die so wenig Selbstrespekt hat.»

Vorwurf der Pauschalisierung

Für die GLP ist das Votum Wittwers inakzeptabel und angstgetrieben. GLP-Präsident Reto Ammann (Weinfelden) sagt: «Wir distanzieren uns ganz klar von dem Gesagten. Eine ganze Religion pauschal abzuwerten, geht gar nicht.» Seine Parteikollegin Nicole Zeitner (GLP, Stettfurt) entschuldigt sich gar bei den Besuchenden auf der Galerie – unter anderem der Kreuzlinger Imam Rehan Neziri – «als Kantonsrätin und Christin». Celine Hug (GLP, Romanshorn) sagt: «Mich irritiert besonders, dass diese Motion aus einem La-

ger kommt, das sonst für Selbstverantwortung und weniger Regulierung einsteht.»

Das Argument der Gemeindeautonomie wird von SP und FDP oft genannt, und auch die Grünen stellen sich «gegen unnötige Vorschriften», wie Ueli Keller (Grüne, Bischofszell) sagt. Ursula Senn-Bieri (SP, Weinfelden) sagt: «Das ist ein Frontalangriff auf die Gemeindeautonomie.» Der Lehrplan sei vom interreligiösen Arbeitskreis ausgearbeitet worden, um Inhalte offenzulegen und für Aussenstehende nachvollziehbar zu machen. «Statt dogmatischen Strömungen ausgeliefert zu sein, sollen die Jugendlichen ihre Herkunft reflektieren können.»

Christian Koch (SP, Matzingen) beklagt eine «exzessive Verbotskultur». Er sagt: «Was

soll als Nächstes verboten werden, das Denken?» Er sieht darin ein «letztlich totalitäres Vorhaben».

Claudio Bernold (FDP, Frauenfeld) nennt ein kantonales Verbot «unverhältnismässig» und warnt vor einer Pauschalierung einer ganzen Religionsgemeinschaft. Er sagt: «In unserem Rechtssystem bestrafen wir Individuen, nicht ganze Gemeinschaften.» Thomas Niederberger (FDP, Kreuzlingen) sagt als Stadtpräsident von Kreuzlingen: «Der Imam bei uns ist ein geschätzter Kulturvermittler.»

Der Thurgauer FDP-Präsident Gabriel Macedo (Amriswil), der mit einer Muslima verheiratet ist, gibt sich «ehrlich schockiert» von der Debatte, einige Aussagen seien «gefährlich nahe an Rassismus» gewesen. «In den Kreisen des Islams, die ich kenne, sehe ich nicht die Karikatur, die heute hier gezeichnet wird.» Macedo warnt: Wer pauschale Unterstellungen verbreite, spalte damit die Gesellschaft und gefährde den Frieden.

Kritische Voten ernstnehmen

Regierungsrätin Denise Neuweiler begründet die Ablehnung der Motion ebenfalls mit der Gemeindeautonomie und dem Umstand, dass der Islamunterricht in den vier Thurgauer Schulgemeinden Kreuzlingen, Romanshorn, Sulgen und Bürglen bisher zu keiner Beanstandung geführt habe. Zugleich richtet sie sich mit den folgenden Worten an die Verantwortlichen des Lehrplans: «Nehmen Sie die kritischen Voten ernst. Die negativen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Islam tragen nicht zu mehr Vertrauen in den Islam bei.»

Zwischen Spassgesellschaft und Bevormundung

Die FDP-Politikerin Michèle Strähl und der EDU-Politiker Marcel Wittwer duellieren sich auf TVO zum Thurgauer Tanzverbot.

Pascal Moser

Das Gesetz möge für manche skurril klingen, sagt Stefan Schmid, Moderator und Tagblatt-Chefredaktor, zu Beginn der TVO-Sendung «Zur Sache» am Mittwochabend. Er meint damit das Ruhetagsgesetz im Kanton Thurgau. Dieses verbietet öffentliche Feierlichkeiten an hohen Feiertagen wie an Weihnachten, Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag und dem Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag.

Am 28. September entscheidet das Thurgauer Stimmvolk über eine Lockerung dieses sogenannten Tanzverbots. Anlässe in Innenräumen mit weniger als 500 Besuchenden könnten bald erlaubt sein. Möglich wären damit etwa Kino- oder Discobesuche. Teile der EDU und SVP hatten dagegen das Referendum ergriffen. In der Sendung diskutierten die Thurgau-

er Kantonsratsmitglieder Michèle Strähl (FDP) und Marcel Wittwer (EDU).

Keine fünf gewöhnlichen Tage

Letzterer führt als Argument an, dass sich eine Lockerung des Gesetzes nicht auf fünf gewöhnliche Tage im Jahr auswirken würde. «Das sind Tage, die fast überall auf der Welt von Millionen von Menschen gefeiert werden und Teil unserer Kultur sind», sagt Wittwer. Ausserdem schütze das heutige Gesetz die Arbeitnehmenden. Es gebe keinen Grund, das jetzt über Bord zu werfen.

Anders Michèle Strähl. Sie argumentiert, ein Tanzverbot sei nicht nur ein wirtschaftlicher Bremsklotz für zahlreiche KMU im Thurgau, sondern auch unzeitgemäss. «Das Gesetz von 1989 ist bald 40 Jahre alt», sagt sie. Der Grosse Rat habe das erkannt, als die Gesetzesänderung

beschlossen wurde. Eine Gefahr für die Feiertage sehe sie nicht. Clubs müssten bisher am Donnerstagabend vor Karfreitag um Mitternacht schliessen. Den ganzen folgenden Tag sei für sie kein Geschäft möglich. Die Besucherinnen und Besucher würden bevormundet und kurzerhand in Nachbarkantone ausweichen. Wittwer hält das

Gesetz hingegen für einen wichtigen Schutz der Ruhetage: «Es dürfen wirklich alle Leute im Thurgau diese fünf Tage haben, an denen sie die Ruhe geniessen können.»

Dass auch Kinobesuche, Lesungen oder Theateraufführungen eingeschränkt seien, hält Strähl für eine Einschränkung: «Überall wird gearbeitet, etwa

in der Landwirtschaft, der Gastronomie oder bei der Polizei. Wenn jemand im Club oder im Restaurant arbeiten will, rechnet man damit, dass man auch mal an Feiertagen arbeiten muss, viele wollen das sogar.»

«Ihr tretet als Volkspsychiater auf»

Warum man ausgerechnet an diesen Tagen ins Kino oder in den Club gehen wolle, verstehe er nicht, sagt dagegen Wittwer. An einem hohen Feiertag solche Anlässe zu besuchen, sei ein künstliches Bedürfnis. Strähls Argumentation für die persönliche Freiheit sieht Wittwer als verkappter Weg in die 24/7-Gesellschaft. «Diese Werte wurden über Jahrhunderte transportiert, sie geben uns Struktur und Identität», sagt Wittwer. «Jetzt sind wir am Punkt, wo sich das Parlament gegen die christlichen Tage und zugunsten einer Spassgesellschaft ent-



«Zur Sache» zum Ruhetagsgesetz mit Michèle Strähl, FDP, und Marcel Wittwer, EDU, und Moderator Stefan Schmid. Bild: Ralph Ribli

schiedet. Das hat Folgen.» Strähl argumentiert, dass ein lockeres Gesetz mehr Gemeinschaftlichkeit im Thurgau ermöglichen würde: «Ich sehe das nicht als Werteverfall, sondern förderlich für eine Gemeinschaft. Warum soll ein Kirchenchor auftreten dürfen, aber ein Jodelchor nicht?» Wittwer wirft seiner Kontrahentin eine unschlüssige Argumentation vor. Einerseits wolle man mehr Profit, andererseits die Ruhe gewährleisten. Der FDP gehe es um den Kommerz. Strähl kontert: «Ihr habt das Gefühl, ihr wüsstet was für die Gesellschaft gut ist und tretet als Volkspsychiater auf.» Abschliessend fragt Schmid die beiden Politiker, was sie an den nächsten Feiertagen vorhätten. Während Strähl noch keine Pläne hat, antwortet Wittwer, er werde sich mit seinem Glauben beschäftigen. «Ich brauche sicher kein Halligalli.»